

Streitgespräch anlässlich des
Erscheinens der Globalen Trends 2015

Verantwortung (slosigkeit) in der internationalen Politik: Welche Rolle für Deutschland?

Sabine Gerhardt

Rund 137.000 Menschen sind nach Angaben der Vereinten Nationen in den letzten sechs Monaten über das Mittelmeer nach Europa geflohen. Das sind 83 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Fast 1.900 fanden bei der Überfahrt den Tod. Die erschreckenden Zahlen haben mittlerweile auch die deutsche und europäische Politik aufgerüttelt. Seit einigen Wochen diskutiert sie intensiv, wie solch lebensgefährliche Überfahrten verhindert werden und wie diejenigen, die es ans Festland geschafft haben, auf die EU-Mitgliedstaaten verteilt werden können. Welche Rolle kann und soll Deutschland dabei einnehmen? Und wie drückt sich „Verantwortung (slosigkeit) in der internationalen Politik“ darüber hinaus aus, war die zentrale Frage eines Streitgesprächs anlässlich des Erscheinens der Globalen Trends 2015 am 18. Juni 2015 im Berliner Rathaus.

Knapp 100 hochrangige Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Medien waren der Einladung der Herausgeber gefolgt und hörten gleich zu Beginn eine eindringliche Schilderung der Flüchtlingssituation vor Ort durch die für Integration verantwortliche Berliner Staatssekretärin Barbara Loth. Anschließend war es an Dr. Cornelia Ulbert, Geschäftsführerin des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) und persönliche Mitherausgeberin der Globalen Trends 2015, diese Schilderung in das Gesamtbild globaler Verantwortung (slosigkeit) in der internationalen Politik einzuordnen.

Dr. Ulbert verwies zunächst darauf, dass Verantwortung rechtliche, moralische und politische Dimensionen hat, die zueinander im Spannungsverhältnis stehen können. In einer Verantwortungsbeziehung muss zunächst geklärt werden, wer (Verantwor-

tungsträger, z.B. Internationale Gemeinschaft), für wen (Referenzsubjekt, z.B. Flüchtlinge) und wofür (Referenzobjekt, z.B. Schutz vor Gewalt) verantwortlich ist. Dabei ist auch zu berücksichtigen, welche Fähigkeiten und Möglichkeiten ein Akteur hat, um Verantwortung wahrzunehmen. Ein möglicher Maßstab ist beispielsweise das Engagement der Staatengemeinschaft in der Konfliktmediation, das seit 2000 eher abgenommen hat.

Dr. Thomas Bagger, Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, sah einen wachsenden Bedarf an Global Governance. Menschen und Gesellschaften würden sich heute noch stärker als in der Vergangenheit von bestimmten Lebensweisen abgrenzen. „Die zunehmende Globalisierung macht uns eben



Cornelia Ulbert

nicht ähnlicher, sondern ruft neue Konflikte hervor“. Darauf habe das Auswärtige Amt mit einer Neustrukturierung reagiert und erstmals seit seiner Gründung eine eigene Krisenabteilung eingerichtet. Diese sei jedoch „nicht nur kurzfristig und reaktiv“ ausgerichtet, sondern solle vor allem auch Prävention und Nachsorge sichern.

Professor Tobias Debiel warnte jedoch davor, internationale Politik im 21. Jahrhundert „nur unter der Krisenbrille“ zu sehen. Trotz Rückschritten vor allem im Nahen Osten und im europäisch-russischen Verhältnis sei es auf anderen Kontinenten wie Asien und Lateinamerika derzeit „fast friedlich“. Optimistisch zeigte er sich auch in der Flüchtlingsfrage: Auch wenn wir noch weit entfernt seien von einem Weltbürgerrecht in Kant'schem Sinne, sei das Verständnis vieler Bürger für die Notwendigkeit zu handeln doch hoch. Es sei jetzt Aufgabe der Politik ehrlich zu vermitteln, dass viele der Menschen auch hierbleiben werden, da die Situation etwa im Irak und Syrien sicher nicht in wenigen Jahren so sein werde, dass alle Flüchtlinge dorthin zurückkehren könnten. Nötig sei es außerdem, gerade mit den neuen, aufstrebenden Mächten, zu einem gemeinsamen Verständnis von Krisenlösung zu gelangen, betonte Debiel und erhielt dabei Unterstützung von Bagger: Die neuen „Nachhaltigkeits-Herausforderungen“, wie der wachsende CO₂-Ausstoß, seien nur mit diesen Akteuren zusammen zu lösen.



Thomas Bagger, Claudia Lücking-Michel MdB, Ulrike Guérot (Moderation), Harald Welzer und Tobias Debiel (v.l.n.r.)

Diese Staaten wüssten auch, dass Länder wie Deutschland „mit ihrer verfehlten Interventionspolitik und dem enormen Ressourcenverbrauch“ wesentlich zu den weltweiten Krisen und Konflikten beigetragen haben, betonte Harald Welzer, der ein Ende der „Externalisierungsgesellschaften“ forderte. Gleichzeitig befand er die deutsche Diskussion um die Aufnahme weiterer Flüchtlinge als „skandalös“



Harald Welzer

angesichts der weit größeren Flüchtlingsströme im Europa der Nachkriegszeit: „Heute sind wir wesentlich reicher als damals und tun so, als könnten wir nicht mehr leisten“, so Welzers Vorwurf, der süffisant das neue Berliner Stadtschloss als Flüchtlingsunterkunft vorschlug. Andere Diskutanten wie Dr. Bagger mochten sich dieser Einschätzung allerdings nicht so einfach anschließen und betonten, dass politisch nicht alles durchsetzbar sei, was rational möglich wäre. So warnte er angesichts der Dramatik der Lage auch davor, die Verantwortungsfrage in erster Linie analytisch zu betrachten, sie stelle sich vielmehr als konkrete politische Herausforderung.

Dr. Claudia Lücking-Michel, Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ist damit bereits befasst. Im Streitgespräch verwies sie vor allem auf die wichtige Rolle der Parlamente. So müsse sich auch der Bundestag in der Flüchtlingsfrage doppelt engagieren: „Einerseits brauchen wir humanitäre Hilfe und couragierte Lösungen für die Menschen, die jetzt zu uns kommen. Andererseits sind gerade wir als Entwicklungspolitiker gefragt, für die strukturellen Ursachen der Flucht mit unseren Partnern Lösungen zu entwickeln“, so Lücking-Michel. Auch sie verwies auf das Beispiel Europa, das zweierlei zeige: Erstens, dass internationale Zusammenarbeit möglich ist. Zweitens werde angesichts der Debatte um das Verbleiben Griechenlands im Euroraum aber auch deutlich, dass Erfolge nicht unumkehrbar seien.

Weitere Informationen

<http://www.global-trends.info/en/home.html>

Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der sef: informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef.)
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : www.sef-bonn.org

Redaktion
Dr. Michèle Roth

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung